

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis für Anzeigen aus Aue und Umgegend 50 Halbpennige, auswärtsige Anzeigen 55 Halbpennige, Restloze-Druckerei 80 Halbpennige, auswärtsige Restloze 1 Goldmark, sämtliche Zeilen 40 Halbpennige.

Bestellungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. - Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 55.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 117

Sonnabend, den 22. Mai 1926

21. Jahrgang

Graf Bernstorff gegen Gas- und Luftkrieg.

In der Konferenz herrscht kein ehelicher Wille zur Abrüstung.

Genf, 20. Mai. Gegen Schluß der Vormittags-Sitzung des Abrüstungsausschusses erklärte Graf Bernstorff, die bisherige Debatte habe vielfach bei ihm den Eindruck erweckt, daß man die vorgebrachten Argumente besser zum Beweise der These hätte verwenden können.

Wie kann man der Abrüstung aus dem Wege gehen, als zum Beweise der anderen These: Wie kann man zu einer Abrüstung kommen?

Der argentinische Delegierte habe gestern von dem potentiellen Friedenswillen gesprochen. Nach seiner Auffassung müßte man wenigstens zu einem Zwischenabkommen gelangen. Aber alle Argumente, die vorgebracht wurden, klangen so, als ob sie in einer Zeit vor dem Kriege vorgebracht würden. Graf Bernstorff führte dann etwa folgendes aus:

Man darf doch die Tatsache des Bestehens des Völkerbundes und den Umstand nicht übersehen, daß dadurch die Lage vollkommen geändert worden ist. Ich bin sehr erstaunt darüber, daß man in diesen Debatten vom Völkerbund und seiner Tätigkeit nicht mehr gesprochen hat als dies geschehen ist.

Ein Krieg ist doch heute mit gewissen Ausnahmen eine Unmöglichkeit.

Ein kriegerischer Konflikt ist nur noch zwischen dem Völkerbund selbst und einem Angreiferstaat vorstellbar. Außerdem ist meiner Ansicht nach auch die Sicherheitsfrage zu stark unterstrichen worden.

Unter Bezugnahme auf den Schlußabsatz der Resolution der Völkerbundsversammlung fuhr der Redner fort: Wenn wir überhaupt zu einer Einigung kommen, dann können wir sie nur dann in die Praxis umsetzen, wenn der Völkerbundrat, wie in dieser Resolution vorgesehen ist, erklärt, daß die allgemeine Sicherheit, von der in dieser Resolution die Rede ist, erreicht ist. Die ganze Diskussion, die wir hier führen, müßte sich doch auf der Annahme aufbauen, daß diese allgemeine Sicherheit erreicht ist. In den meisten Ausführungen wurde der Völkerbund und die Bestimmung des Art. 8 seiner Satzung, nach der die Freiheit der Staaten, sich zu rüsten, beschränkt ist, vollkommen ignoriert. Wir haben deutscherseits in Bezug auf Entwaffnung in den letzten acht Jahren eine sehr große Erfahrung bekommen. Weniger Erfahrung haben wir aber in Bezug auf Rüstung, was die letzten acht Jahre anbetrifft. Ich habe einen tiefen Eindruck empfungen von dem dunkleren Gemüthe, das gestern der belgische Senator de Brouckere uns über den

Gas- und Luftkrieg

Gas- und Luftkrieg vor Augen geführt hat. Ich will, durch dieses Bild angeregt, nicht etwa einen formellen Vorschlag unterbreiten, sondern nur eine persönliche Anregung geben, die dahin geht,

die Anwendung von Giftgasen und von Kriegsluftfahrzeugen glatt zu verbieten.

Es wäre auf jeden Fall ein recht guter Anfang für unsere Arbeiten und würde in der Welt den denkbar besten Eindruck machen. Der belgische Delegierte hat in seiner Rede auch noch ausgeführt, daß jedem Land erlaubt sein müsse, sich zu verteidigen. Eine zynische Grausamkeit wäre, wenn man einem Lande verbieten wolle, sich gegen Luftangriffe auf seine Hauptstadt zu schützen. Nicht ich habe dieses Wort von der zynischen Grausamkeit gebraucht. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß Deutschlands Entwaffnung augenblicklich so groß ist, daß wir unsere Hauptstadt nicht gegen einen Luftangriff verteidigen können.

Bei der Frage der potentiellen Kriegsstärke eines Landes muß man berücksichtigen, wie weit die Friedensindustrie in eine Kriegsindustrie übergeführt werden kann. Ich will keine unangenehmen Erinnerungen aus der Vergangenheit erwecken. Aber für den besonderen Fall Deutschlands ist die Lage doch so, daß die deutschen Industriezentren, die in der Nähe der Grenzen liegen, in wenigen Stunden vernichtet werden können, bevor überhaupt an eine Umwandlung herangegangen werden kann. Außerdem muß man noch die befremdlichen schwachen Punkte, die ein Land aufweist, berücksichtigen. Darunter fällt zum Beispiel die Unmöglichkeit, die Bevölkerung mit genügender Nahrung zu versehen, die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Rohmaterialien, besonders solcher, die aus den Kolonien eingeführt werden müssen. Schließlich muß man noch auf die geographische Lage eines Landes Rücksicht nehmen. Es ist ein Kontinent, ab die Grenzen offen daliegen, aber es

sie durch natürliche Schranken, wie Gebirge usw. geschützt sind. Ich habe den Eindruck, wie ich schon in meiner ersten Rede sagte, daß der Fragebogen auf der einen Seite bis ins einzelne geht, daß auf der anderen Seite aber einige wichtige Punkte überhaupt nicht ins Auge gefaßt sind. Es wäre doch sicher wesentlich, die Frage des Verbotes der Kriegsflyzeuge, der schweren Artillerie und des Tanks zu erwähnen. Ich meine, man würde erfolgreichere Arbeit leisten können, wenn man nicht nur auf die bloße Herabsetzung der jetzigen Rüstungen ausginge, sondern auch daranginge, gewisse Kategorien von Rüstungen überhaupt auszuschalten. Außerdem muß die Frage der Kolonialtruppen noch berücksichtigt werden. Ich wiederhole, daß ich hier keinen formellen Vorschlag im Namen meiner Regierung oder auch nur in meinem eigenen Namen mache, sondern nur einige Gedanken auf Grund unserer bisherigen Debatte vorbringe.

Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen, daß wir und der Völkerbund schon aus Prestige-Gründen unbedingt zu praktischen Ergebnissen gelangen müssen.

Nach der mit sichtlichem Interesse von den Ausschüßmitgliedern aufgenommenen Rede des deutschen Vertreters erhob sich Lord Robert Cecil, um den vom Grafen Bernstorff angeführten Gedanken zu unterstreichen, daß durch das Bestehen des Völkerbundes gegenüber der Vorkriegszeit eine vollkommen veränderte Lage geschaffen sei. England könne sich nicht vorstellen, daß es noch irgend einen anderen Krieg geben könne, als einen Völkerbundskrieg gegen einen Angreiferstaat. Er wies sodann darauf hin, daß die Internationale Konferenz zur Kontrolle des Waffenhandels im vergangenen Jahre sich in ihrem Schlußprotokoll ausdrücklich gegen den Gaskrieg ausgesprochen hat.

Vor der Rede des Grafen Bernstorff hatten in der heutigen Vormittags-Sitzung des Abrüstungsausschusses die Vertreter Rumaniens, Finnlands, Polens, Chiles, Argentinien und der Vereinigten Staaten das Wort ergriffen, um, teilweise unter Darlegung der besondern Verhältnisse ihrer Länder, ihre allgemeine Stellung zum Abrüstungsproblem zu entwickeln. Der rumänische Delegierte trat in sehr entschiedener Weise und unter Hinweis auf die gefährdeten Grenzen seines Landes für die französische Grundzüge ein. Vor Durchführung einer allgemeinen Abrüstung müßten die nötigen Garantien für eine allgemeine Sicherheit geschaffen werden und zunächst müßte durch Abschluß weiterer regionaler Sicherheitsverträge die allgemeine Sicherheit erhöht werden. Der finnische Vertreter forderte dagegen eine unverfälschte Regelung der Sicherheit, wie sie durch das Genfer Protokoll vom Jahre 1924 vorgesehen war. Er bedauerte, unter Bezugnahme auf die geographische Lage Finnlands und anderer Länder, daß Rußland, dessen friedliche Absichten er keineswegs bezweifeln wolle, den Arbeiten des Abrüstungsausschusses ferngeblieben sei, ein Umstand, durch den die Aufgaben des Ausschusses erschwert würden. Der polnische Vertreter erklärte, wenn alle Staaten sich verpflichteten, keinen Krieg zu beginnen und alle Streitigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen, so könnte die tatsächliche Abrüstung verhältnismäßig rasch und allgemein durchgeführt werden. Wenn Polen wirksame internationale Garantien für seine Sicherheit erhalten könnte, so wäre es zu einer bedeutenden Herabsetzung seiner Rüstungen bereit. Solal forderte als wesentliche Vorbedingung für die allgemeine Sicherheit die Ausarbeitung eines Verfahrens, durch das der Völkerbundrat gegebenenfalls rasch den Angreifer bestimmen und wirksame Maßnahmen treffen könne. Der amerikanische Delegierte Gibson erklärte, daß der Grad der Sicherheit in Europa von dem Ausmaße der Herabsetzung seiner Rüstungen abhängt. Er empfahl die Einschränkung der Rüstungen zu Lande und in der Luft auf dem Wege über den Abschluß regionaler Abkommen. Die Einschränkung der Rüstungen, so betonte er, ist eine der Methoden, um die Sicherheit der Länder zu erhöhen. Wenn wir warten wollen, bis eine absolute Sicherheit erzielt ist, ohne inzwischen irgendwelche Fortschritte in der Einschränkung der Rüstungen zu machen, so werden wir in einen circulus virtuosus geraten und zu keiner Einschränkung der Rüstungen gelangen. Auch die Vertreter von Argentinien und Chile traten mit der gleichen Entschiedenheit für regionale Abkommen zur Einschränkung und Herabsetzung der Rüstungen ein. Der Ausschuß müsse für solche Abkommen Grundzüge ausarbeiten.

Die alten Tausender werden nicht aufgewertet.

Urteil des Reichsgerichts.

Leipzig, 20. Mai. Vor dem 4. Zivilsenat des Reichsgerichtes fand heute vormittag die Revisionsverhandlung wegen des Aufwertungsanspruches der Kriegsnoten statt. Zu der Verhandlung hatte sich eine große Menge Zuhörer eingefunden. Einige hundert Personen erwarteten außerdem vor dem Gerichtsgebäude die Entscheidung des Senates.

Die Vertreter der Klage kamen zu dem Schluß, daß die Paragraphen 1, 2 und 3 des Reichsbankgesetzes nichtig seien und daß deshalb die Ansprüche der Noteninhaber berücksichtigt und nach Treu und Glauben befriedigt werden müßten. Insbesondere müsse ein wesentlicher Unterschied zwischen den Inhabern neuer und alter Banknoten gemacht werden.

Der Rechtsvertreter der Reichsbank führte aus, daß die alten Reichsbanknoten ihre Eigenschaft als Inhaberschuldverschreibungen mit dem Zwerggesetz vom 4. 8. 1914 verloren hätten. Von diesem Augenblick an seien sie nur reine Geldzeichen gewesen und es bestreite kein Unterschied zwischen denen alter und neuer Ausgabe. Es sei durchaus kein Vorkaufsrecht preisgegeben worden und auch von einer Enteignung könne durchaus keine Rede sein. Der Aufruf der Noten sei seinerzeit zu dem Werte erfolgt, den sie tatsächlich hatten.

Nach mehrstündiger Beratung fiel der Gerichtsbescheid das Urteil, das auf Verwertung der Revision lautete. Somit findet keine Aufwertung der rotgestempelten Tausendmarktscheine statt.

Ein holländischer Gelehrter über den deutsch-russischen Vertrag.

Amsterdam, 20. Mai. In der neuesten Nummer des Organs der Holländischen Vereinigung für Völkerbund und Frieden, der Monatszeitschrift „De Volkensbond“ befaßt sich der Leiter der Abteilung für Völkerbundsangelegenheiten des holländischen Auswärtigen Amtes, Professor Dr. Francois, mit dem deutsch-russischen Vertrag. Der Verfasser kommt hierin zu dem Schluß, daß dieses Abkommen durchaus mit den Grundzügen der Völkerbundsatzungen vereinbar ist und führt zur Begründung dieser Ansicht etwa folgendes aus: Die Behauptung, daß Deutschland selbst entscheiden werde, ob Rußland als Angreifer zu betrachten sei und sich somit allen Verpflichtungen aus Verzicht einer Völkerbundsaktion gegen Rußland entziehen könne, sei zwar vollkommen richtig, aber der Völkerbund selbst habe es nicht anders gewollt. Seit 1921, als die bekannte Resolution angenommen wurde, nach der die Bundesmitglieder jeder für sich beurteilen sollten, ob eine Verletzung der Völkerbundsatzungen vorliege, und ferner festgestellt wurde, daß die Entscheidung des Völkerbunds nicht mehr als rein gutachtlichen Wert haben solle, habe sich der Standpunkt durchgesetzt, daß kein Bundesmitglied entgegen seiner eigenen Ueberzeugung zur Teilnahme an wirtschaftlichen, finanziellen oder militärischen Sanktionen gezwungen werden könne. Ebenso sehe es mit dem Durchzugsrecht. Man möge dies bedauern, aber die Tatsache sei nun einmal nicht anders. Von einem Vertrag, der sich auf diesen beiden Grundlagen aufbaue, könne daher nicht behauptet werden, daß er gegen die Grundzüge des Völkerbundes verstoße. Eine dunkle Gefahr sei allerdings in dem Vertrag insofern enthalten, als er den Gegnern von Deutschlands Zulassung zum Völkerbund, denen schon der Bund geschlossen schien, wieder neuen Mut geben werde, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund im September nochmals zu verhindern. Gegenüber derartigen Bemühungen berechtige jedoch die ruhige Haltung der verschiedenen Regierungen gegenüber dem Vertrage zu dem Vertrauen, daß man die Lage nicht als zu dunkel anzusehen brauche.

Die erste Sitzung des Kabinetts Marx.

Berlin, 21. Mai. Das Reichskabinetts hielt gestern nachmittags laut „Lokalanzeiger“ seine erste und zugleich die letzte Sitzung vor den Pfingstferien ab. Gegenstand der Beratungen war nach dem genannten Blatt das Arbeitsprogramm der Reichsregierung. Größere politische Fragen sollen erst nach den Pfingstferien in Angriff genommen werden.

Fortschritt der deutsch-englischen Luftschiffahrtsverhandlungen.

London, 20. Mai. Der Luftfahrtminister teilte im Unterhaus mit, daß die Verhandlungen über ein Luftfahrtabkommen zwischen Deutschland und England nunmehr günstig fortschreiten.

Mergacher, anders ge...
bayerischen...
rienland...
zum Preise...
möglichst...
gart, Haus...
Vert...
8 (IV und...
en herben...
bundtheit...
schützt sich...
Gewalten...
na Stawit...
der mit...
problem ur...
vortwärts

er...
e!...
dung

ue...
u dental...
zahlung...
genber...

Uhr...
mlung...
schlüsse